Landtag Brandenburg **Drucksache 8/955**
8. Wahlperiode

Kleine Anfrage 419

des Abgeordneten Dennis Hohloch (AfD-Fraktion)

an die Landesregierung

Schreiben der Berliner Rechtsaufsicht an die rbb-Intendantin Frau Dr. Demmer

In der Sitzung des Rundfunkrates des rbb am 11. April 2025 berichtete die Intendantin, Frau Dr. Demmer, dass der derzeit für die Rechtsaufsicht zuständige Berliner Senat den rbb schriftlich kritisiert habe. Diese Kritik sei vonseiten des rbb zurückgewiesen worden. Der Rundfunkrat wurde jedoch nicht über den konkreten Inhalt des Schreibens informiert. Eine Anfrage, dieses Schreiben dem Rundfunkrat zur Verfügung zu stellen, wurde unter anderem mit Verweis auf eine ablehnende Haltung der Rechtsaufsicht zurückgewiesen.

Parallel dazu erschien ebenfalls am 11. April 2025 ein Artikel in der B.Z. unter dem Titel „rbb-Chefin: Vorwurf der Verschwendung“, in dem offensichtlich auf Inhalte des genannten Schreibens Bezug genommen wird. Dies legt nahe, dass das Schreiben zumindest einzelnen Pressevertretern vorliegt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung das erwähnte Schreiben des Berliner Senats an den rbb bekannt?
   Falls ja:

   a) Wann wurde das Schreiben übermittelt und wann wurde die Landesregierung darüber informiert?

   b) Welchen konkreten Inhalt hat das Schreiben?

   c) Welche Kritikpunkte oder Beanstandungen werden gegenüber dem rbb geäußert?

2. Wie bewertet die Landesregierung die Vorwürfe in dem Schreiben?

3. Welche Gründe wurden seitens der Rechtsaufsicht oder des rbb für die Verweigerung der Einsichtnahme des Schreibens durch den Rundfunkrat genannt?

4. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Berliner Senats, dass dem Rundfunkrat nicht das Recht zusteht, ein solches Schreiben einzusehen bzw. über dessen Inhalt informiert zu werden?

5. Welche Maßnahmen sind geplant, um zukünftig eine vollständige und transparente Information des Rundfunkrates in solchen Fällen sicherzustellen?

Eingegangen: 08.05.2025 / Ausgegeben: 09.05.2025